

„Wir sind alle verletzbar“

RUDOLF AUGSTEIN

Streiten wie in der Judenschul“ war ein gängiger Begriff zu Nazi-Zeiten und auch schon vorher. Nun ist er wieder zu Ehren gekommen, aber nicht durch einen Antisemiten. Rafael Seligmann, 51, beschrieb damit in der „Welt“ den aufgebrochenen Streit um Martin Walser und Ignatz Bubis, den er als nahezu erlösend empfunden habe. Zu Betretenheit sei kein Anlaß, so Seligmann.

Jedes Tabu wird irgendwann, und dann regellos, durchbrochen. Das Schlüsselwort in Walsers Friedenspreis-Rede hieß „wegschauen“. Dabei ging es ihm und geht es nicht um das vielzitierte Wegsehen während des Nazi-Terrors, als die Deutschen und andere Westeuropäer wegsahen, wenn ihre jüdischen Mitbürger in eine, wie man wohl ahnen konnte, schlimmere Welt abtransportiert wurden.

Nein, Walsers „Wegschauen“ meinte eine innere Abkehr von routinierten Reuebekundungen, die vor allem den Fernsehzuschauern an zu vielen Abenden dargeboten werden. Das Ergebnis kennen wir von den katholischen Beichtstühlen: Nach drei „Vater unsern“ und „Gegrüßet seist du, Maria“ fühlt man sich von aller Schuld befreit und ist aufgelegt zu neuen Taten.

Routinierte Reue überzieht das Land, und dies nicht erst, nachdem des Dichters Philippika in der Paulskirche zur Unzeit, man könnte aber auch sagen zur rechten Zeit, die wohl fällige Debatte angestoßen hat. Während Walsers Rede sah man Ignatz Bubis in der ersten Reihe sitzen. Manchmal wirkte es, als schlafe er ein. Daß Bubis keineswegs geschlafen hatte, zeigte sich anschließend. Er warf Walser „geistige Brandstiftung“ vor. Der Kern dieser Rede kann aber den Vorwurf nicht rechtfertigen. Damit bringt sich der gestandene, als gemäßigt anerkannte frühere Frankfurter Baulöwe in ein gesellschaftliches Abseits; er gibt einen gehörigen Mangel an Urteilsvermögen zu erkennen.

Was Walser im Oktober sagte, mag er bei falscher Gelegenheit gesagt haben, es bleibt trotzdem richtig. Es bestätigt sich, was wir erst jüngst von einigen New Yorker Anwälten erlebten und was selbst Bu-

bis, wenngleich in anderer Form, kritisierte: Auschwitz wird instrumentalisiert.

Inzwischen werden, wie der ungarische Schriftsteller und ehemalige KZ-Häftling Imre Kertész vor kurzem in der „Zeit“ schrieb, „Holocaust-Produkte“ für den „Holocaust-Konsumenten“ entwickelt. In Ungarn, so lesen wir, ginge man mit dem „heiklen“ Thema anders um, dort würde „anders über den Holocaust geschwiegen“. Zu Recht fürchtet Kertész den „Chor von Holocaust-Puri-

Es hilft nichts. Wir, die Zeitgenossen, können nicht vergessen, was zwischen 1933 und 1945 geschehen ist und was wir uns nach dem Krieg in einem schmerzhaften Prozeß aneignen mußten. In uns, die wir von der „Endlösung“ nichts wußten, sträubte sich alles, und es dauerte, bis wir uns als Deutsche zu der Erkenntnis durchringen konnten, daß ein einmaliges Verbrechen geschehen war. Helmut Schmidt, ehemals Oberleutnant im Luftfahrtministerium Hitlers, heute fast 80 Jahre alt, bekannte, er habe von den Verbrechen und der Judenvernichtung erst nach dem Krieg erfahren.

Nun soll in der Mitte der wiedergewonnenen Hauptstadt Berlin ein Mahnmal an unsere fortwährende Schande erinnern. Anderen Nationen wäre ein solcher Umgang mit ihrer Vergangenheit fremd. Man ahnt, daß dieses Schandmal gegen die Hauptstadt und das in Berlin sich neu formierende Deutschland gerichtet ist. Man wird es aber nicht wagen, so sehr die Muskeln auch schwellen, mit Rücksicht auf die New Yorker Presse und die Haifische im Anwaltsgewand, die Mitte Berlins freizuhalten von solch einer Monstrosität.

Es war Helmut Kohl – und einer mußte es ja sein –, der den heutigen, possenhaft anmutenden Prozeß um das sogenannte Mahnmal selbstherrlich angestoßen hat. Nach der mißlungenen Israel-Reise im Januar 1984 knickte er ein. Ihm schwante, daß dieser Staatsbesuch ein ein-

ziges Desaster gewesen war. Kohl hatte den Alt-Nazi Kurt Ziesel im Gepäck und erinnerte jedermann an das Glück seiner späten Geburt. Sein Sprecher Peter Bönisch, der mit schwarzem Ledermantel auffiel, sagte:

Wir werden Auschwitz nicht vergessen, wir dürfen Auschwitz nicht vergessen, und es gibt auch keine demokratischen Politiker bei uns, die Auschwitz vergessen wollen. Aber man darf Auschwitz auch nicht für Zwecke der Tagespolitik instrumentalisieren.

Damals klang das taktlos, wenngleich es doch auch richtig war. Freunde Israels



Aus dem Satire-Magazin „Titanic“, 1984*

tanern, Holocaust-Dogmatikern und Holocaust-Usurpatoren“ und eine „Stilisierung des Holocaust“, die heute fast unerträgliche Formen angenommen habe. Sein Fazit: „Die Überlebenden müssen sich damit abfinden: Auschwitz entgleitet ihnen mit dem Alter immer schwächer werdenden Händen.“

Es geht nicht darum, wie der „Stern“ uns auf einem seiner letzten Titel suggeriert, daß man den Holocaust nun vergessen will. Davon ist keine Rede. Vergessen kann man sowenig dekretieren wie Erinnerung.

* Nach Helmut Kohls Staatsbesuch in Israel.

empörten sich – aber eher leise. Hier liegt der Ursprung der Kohl selbst widerstrebenden Entscheidung, sich mit dem für solch ein diffiziles Vorhaben zu befangenen Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, über eine nationale Gedenkstätte zu verständigen, zunächst auf dem Umweg über die Neue Wache in Berlin. Kohl fürchtete eine Stimmungsmache, der schon Konrad Adenauer Anfang der fünfziger Jahre mit den Worten Ausdruck gegeben hatte: „Das Weltjudentum ist eine große Macht.“

Die Mahnmal-Debatte kann keine Schlußstrich-Debatte sein. Sie kann aber so auch nicht fortgesetzt werden. Man würde untauglichen Boden mit Antisemitismus düngen, wenn den Deutschen ein steinernes Brandmal aufgezwungen wird. Der als Mahnmal deklarierte ästhetische Entwurf des amerikanischen Architekten Peter Eisenman ist eine Verhöhnung des entsetzlichen Grauens und eine Absage an die allmählich wiedergewonnene Souveränität unseres Landes. Man kann uns nicht von außen diktieren, wie wir unsere neue Hauptstadt in Erinnerung an die Vergangenheit gestalten.

Mit oder ohne Kohl, mit oder ohne „Stern“-Titel – wie könnten wir jenen tiefen Schrecken vergessen, der sich hinter der Hieroglyphe Auschwitz verbirgt? Aber können wir unsere Nachkommen darauf verpflichten, unsere persönliche Scham weiterzutragen?

Wie verquer diese Debatte verläuft, mag man dem Beitrag von Professor Michael Wolffsohn entnehmen, der Martin Walsers Rede zwar politisch zu rechtfertigen sucht, ihn zugleich aber als einen „maßlos überschätzten Literaten“ kennzeichnet. Man wußte gern, woher der Historiker seine literarischen Kenntnisse bezieht. Er fordert aber auch den Rücktritt von Ignatz Bubis, weil der „nicht mehr politikfähig“ und „vergangenheitsorientiert“ sei. Bubis wiederum geriet sich mit dem früheren Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (dessen Vater von den Nazis hingerichtet wurde) in die Haare: Dohnanyi sei vielleicht verbittert, weil er sich in einer privaten Entschädigungssache von einer jüdischen Anwältin schlecht behandelt fühle. Dohnanyi seinerseits klagte bei Bubis ein, er möge mit seinen „nicht-jüdischen Landsleuten etwas behutsamer umgehen; wir sind nämlich alle verletzbar“. So geht es nun immer weiter bis zu der Feststellung von Ignatz Bubis, jeder dritte Deutsche sei antisemitisch oder dafür anfällig.

Das ist eine gewagte Behauptung. Ersichtlich zeigt sich die junge deutsche Leserschaft höchst interessiert an dem Buch von Daniel J. Goldhagen, das zu viele

Deutsche anprangert. Goldhagen mag eine Eintagsfliege gewesen sein, es bleibt aber das Problem des künstlichen Vergessens. Und hier fordert Michel Friedman, 42, ehemals Mitglied des Bundesvorstands der CDU, etwas überheblich, man solle die deutsche Jugend in die Verantwortung für Auschwitz mit hineinnehmen. Das geht objektiv nicht, und dies zu fordern, ist er auch nicht der Mann. Möglich gemacht werden kann, daß an unseren Schulen und Universitäten Auschwitz nicht ausgeblendet, sondern eher herausgehoben wird. Auf Jahrzehnte hin läßt sich das aber nicht garantieren.

Was nun den „Schlußstrich“ anbelangt: Mit dem Lineal kann er nicht gezogen werden. Wer Authentisches zu sagen hatte, hat es längst gesagt. Alle Versuche, Authentisches nachzubilden, und seien sie künstlerisch noch so wertvoll, sind reine Hilflosigkeit der Geschichte gegenüber, vielleicht sogar kitschig. Der Zeitzeuge Imre Kertész beispielsweise empfindet Steven Spielbergs Film „Schindlers Liste“ als Kitsch und stellt fest, der Holocaust würde „auf jede mögliche und unmögliche Weise den Menschen entfremdet“. „Der Überlebende“, so Kertész, „wird belehrt, wie er über das denken muß, was er erlebt hat, völlig unabhängig davon, ob und wie sehr dieses Denken mit seinen wirklichen Erfahrungen übereinstimmt; der authentische Zeuge ist schon bald nur im Weg, man muß ihn beiseite schieben wie ein Hindernis.“

Wie man die deutschen Parteien kennt, wird das sogenannte Mahnmal vom Bundestag trotzdem beschlossen werden, obwohl es genügend Alternativen dazu gäbe. Michael Naumann, designierter Staatsminister für Kultur, hat sie aufgezeigt. Eine Denkpause, wie man sie sich bei den damals heftig diskutierten Ladenschlußzeiten gegönnt hat, wird sich der Bundestag in diesem weltweit kommentierten Fall aber nicht erlauben.

Nun gut, dann nur zu. Schafft einen Sammelpunkt für Hooligans aller Art in Berlin. Baut ein monumentales, künstlerisch ohnehin umstrittenes Steinfeld, „das bepinkelt und besprüht werden wird“, wie uns der keiner Nazi-Ideologie verdächtige Schriftsteller Johannes Mario Simmel voraussagt.

Ließen wir den von Eisenman vorgelegten Entwurf fallen, wie es vernünftig wäre, so kriegten wir nur einmal Prügel in der Weltpresse. Verwirklichen wir ihn, wie zu fürchten ist, so schaffen wir Antisemiten, die vielleicht sonst keine wären, und beziehen Prügel in der Weltpresse jedes Jahr und lebenslang, und das bis ins siebte Glied.

mehrerer Teilnehmer. Gemeinsam müßten sich Regierung und Unternehmen etwas einfallen lassen. Es sei ein Fehler, auf weitere Sammelklagen von US-Anwälten, die Tausende NS-Opfer vertreten, zu warten: „Wir dürfen nicht reaktiv sein.“

Die Regierung fühlt sich ihrerseits nicht im Obligo. An staatlicher Entschädigung für die NS-Opfer ist aus ihrer Sicht genug geleistet worden. Gut 100 Milliarden Mark haben deutsche Regierungen seit Konrad Adenauer bezahlt.

Gemeinsam mit den betroffenen Firmen, so stellte es der Kanzleramtsminister den Wirtschaftsvertretern in Aussicht, werde die Regierung nach Lösungen suchen: „Wir wollen am Ende des Jahrhunderts ein abschließendes materielles Zeichen setzen, aus Solidarität, Gerechtigkeit und aus Selbstachtung.“

Das Vorgehen der US-Klärer, Milliardenforderungen vor amerikanischen Gerichten zu erheben, ist aus Sicht der Regierung inakzeptabel: Weitere Zahlungen stünden jetzt nicht auf der Tagesordnung: „Diese Initiative“, erläuterte Hombach der internen Runde, „ist die gesellschaftliche Ergänzung der staatlichen

Viel Phantasie entwickelten die Unternehmen, um Forderungen abzuwehren

Wiedergutmachungspolitik, die als erfüllt anzusehen ist.“ Die Herren aus den Topetagen von Industrie und Banken waren angetan.

Für die Konzerne – von Daimler-Chrysler über VW zu Siemens, Allianz, Krupp oder Degussa – geht es nicht um Moral, sondern um viel Geld und um womöglich irreparable Imageschäden in den Vereinigten Staaten, ihrem größten Auslandsmarkt. Die Klagen jüdischer Nazi-Opfer, vertreten von cleveren Anwälten, gehen stets einher mit groß angelegter Negativ-PR, was zwangsläufig dem Geschäft schadet.

Kanzler Schröder schlug beim ersten Treffen am 29. Oktober in Hannover den Konzernchefs vor, einen Entschädigungsfonds für Zwangsarbeiter einzurichten. Die Regierung werde dann die Firmen unterstützen, wenn es darum gehe, weitere Klagen abzuwehren. Vor allem im „Meinungskampf“ jenseits des Atlantiks sagte Schröder Unterstützung zu.

Die Kombination – symbolische Zahlungen an die Opfer und womöglich staatliche Verabredungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland – soll die amerikanischen Gerichte beeindrucken. Wenn sich die beiden Staaten einig sind und die Summen für Entschädigungszahlungen bereitliegen, so das Kalkül der deutschen Regierung, werden die